

Die Überlebenden des Zweiten Weltkrieges waren auch über sich selbst als Menschen zutiefst erschrocken. Denn sie sahen die Möglichkeiten der fast unvorstellbaren Selbstzerstörung, die es zu bändigen galt. Die Gier nach Macht und Geld kombiniert mit Lügen, Täuschung und Rücksichtslosigkeit hatten großes Leid verursacht. Sophie Scholl, die während des Zweiten Weltkriegs als Mitglied der Widerstandsgruppe »Weiße Rose« mutig zum Ungehorsam gegen die nationalsozialistische Diktatur von Adolf Hitler aufgerufen hatte, kritisierte in deutlichen Worten diese Abgründe der internationalen Politik: »Wenn ich auch nicht viel von Politik verstehe, und auch nicht den Ehrgeiz habe, es zu tun, so habe ich doch ein bisschen ein Gefühl, was Recht und Unrecht ist«, so die Neunzehnjährige in einem Brief an ihren Verlobten Fritz Hartnagel während des Krieges. »Und ich könnte heulen, wie gemein die Menschen auch in der großen Politik sind, wie sie ihren Bruder verraten um eines Vorteils willen ... Wir haben alle unsere Maßstäbe in uns selbst, nur werden sie zu wenig gesucht. Vielleicht auch, weil es die härtesten Maßstäbe sind.« Sophie Scholl wurde 1943 zusammen mit ihrem Bruder Hans beim Austeilen von Flugblättern in der Münchener Universität verhaftet, wegen »Hochverrat« und »Wehrkraftzersetzung« verurteilt und mit der Guillotine enthauptet.²

Bis heute stehen die Geschwister Scholl als Beispiel dafür, dass es auch in den dunkelsten Stunden der Weltgeschichte Friedenskämpferinnen und Friedenskämpfer gegeben hat, die sich gegen Massenmord, Gewalt und Unrecht unter Einsatz ihres Lebens gewehrt haben. Diese Grundhaltung haben die Gründer der UNO aufgenommen. Ihr ehrlicher Wunsch war es, zukünftige Generationen von der Geißel des Krieges zu befreien und eine neue und bessere Welt zu erschaffen. Viele Mitarbeiter der UNO haben sich diesen Zielen verschrieben. Zu ihnen zählt zum Beispiel der Schwede Dag Hammarskjöld, der zweite UNO-Generalsekretär, der stark im christlichen Glauben verwurzelt war. Auf seinem Grabstein in Uppsala in Schweden steht: »Nicht ich, sondern Gott in mir«. Hammarskjöld verstand sich als ein Mensch, der seinen täglichen Gottesdienst in der Weise begeht, dass er sich für den Frieden in der Welt einsetzt. Dafür brauchte er keine Kirche, sondern den Kontakt mit den Menschen. Nach seiner Wahl im April 1953 erklärte er vor dem UNO-Hauptgebäude in New York gegenüber einem Reporter: »Väterlicherseits habe ich den Glauben geerbt, dass kein Leben befriedigender sei als jenes, das im selbstlosen Dienst für das eigene Land – oder die Menschheit – gelebt wurde. Dieser Dienst verlangt das Opfer aller persönlichen Interessen, aber ebenso den Mut, unbeugsam für seine Überzeugung einzustehen.« Hammarskjöld starb am 18. September 1961 bei einem ungeklärten Flugzeugabsturz in Afrika, wo er in der Kongo-Krise vermittelte. Vermutlich wurde der UNO-Generalsekretär ermordet. Kurz nach seinem Tod erhielt er den Friedensnobelpreis.³

Die 193 Mitgliedsstaaten der UNO

Die UNO ist die einzige internationale Organisation, in der praktisch alle Länder der Welt Mitglied sind, derzeit sind es 193. Dies erlaubt den Regierungen über ihre Botschafter bei der UNO in New York und in Genf in ständigem Kontakt und Austausch zu sein, was gerade in Krisenzeiten sehr wertvoll ist. In den letzten 70 Jahren ist die UNO stark angewachsen, immer mehr Staaten wollen als Ausdruck ihrer Unabhängigkeit und Souveränität Vollmitglied in der UNO werden. Als die UNO 1945 in San Francisco gegründet wurde, zählte sie nur 50 Staaten, darunter die USA, Frankreich, Großbritannien, Russland, Mexiko, Kuba, Brasilien, Kanada, Indien, Iran, Irak, Dänemark und Norwegen. Die Republik China auf Taiwan war auch Gründungsmitglied und hatte den offiziellen Sitz Chinas inne. Erst 1971 wurde der Sitz von China auf die kommunistische Volksrepublik China mit Hauptstadt Peking übertragen. Österreich trat der UNO 1955 bei. Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) traten 1973 als zwei selbständige Mitglieder der UNO bei, seit 1990 ist das vereinte Deutschland Mitglied der UNO. Weil die Schweizerinnen und Schweizer grundsätzlich misstrauisch gegenüber internationalen Organisationen sind, da sie diese als Einschränkung ihrer Souveränität betrachten, hat das Schweizer Stimmvolk lange mit dem Beitritt zur UNO gezögert. Erst 2002 ist auch die Schweiz nach einer Volksabstimmung der UNO beigetreten. Als Stimmbürger habe ich für den UNO-Beitritt der Schweiz gestimmt und zudem mit einem längeren Artikel in der *Neuen Zürcher Zeitung* für den UNO-Beitritt geworben.⁴

Die jüngsten drei UNO-Mitglieder sind Osttimor, Montenegro und Südsudan. Osttimor wurde 2002 Mitglied der UNO, nachdem es seine Unabhängigkeit von Indonesien erklärt hatte. Montenegro wurde 2006 UNO-Mitglied, nachdem es sich von Serbien abgespalten hatte. Der Südsudan, der sich vom Sudan abspaltete, wurde 2011 das 193. UNO-Mitglied. Es ist davon auszugehen, dass die Zahl der UNO-Mitgliedsländer weiter ansteigen wird. Der Vatikan und Palästina sind derzeit nicht vollwertige UNO-Mitglieder, aber beide haben den Status eines permanenten Beobachters ohne Stimmrecht in der UNO-Generalversammlung. Die Republik Kosovo, rechtlich eine autonome serbische Provinz, hat sich 2008 einseitig für unabhängig erklärt. Diese Unabhängigkeit wurde von 110 der 193 UNO-Mitgliedsstaaten anerkannt. Aber Kosovo hat derzeit keinen Sitz in der UNO-Generalversammlung und ist daher nicht UNO-Mitglied.

Der Völkerbund, eine zwischenstaatliche Organisation, welche nach dem Ersten Weltkrieg 1920 gegründet worden war, um den Frieden auf der Welt zu sichern, war kläglich gescheitert, denn er konnte den Zweiten Weltkrieg nicht verhindern. Daraus jedoch den Schluss zu ziehen, dass alle internationalen Organisationen unfähig und zum Scheitern verurteilt sind, wäre falsch. Natürlich besteht die Gefahr, dass auch die UNO im 21. Jahrhundert scheitern

wird, dass sie durch einen grässlichen Dritten Weltkrieg hinweggefegt wird wie damals der Völkerbund. Doch noch ist es nicht so weit. Und daher ist es sinnvoll und wichtig, für die UNO Sorge zu tragen und sich auf ihre Grundgedanken zu besinnen.

Das in der UNO-Charta verankerte Gewaltverbot

Der Grundgedanke der UNO ist einfach und klar: Kriege sind illegal. Dieser Grundgedanke gilt noch heute, auch wenn er viel zu selten im Fernsehen erklärt oder über die Zeitungen und das Internet vermittelt wird. Im Artikel 2 der UNO-Charta wird das Gewaltverbot klug und klar formuliert: »Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, dass der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden. Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.«

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Gründung der UNO-Friedensorganisation gilt dieses weltweite Kriegsverbot. Zu diesem Verbot gibt es nur zwei Ausnahmen: Erstens gilt das Recht auf Selbstverteidigung, d. h., wenn ein Land also angegriffen wird, darf es sich verteidigen. Zweitens darf Krieg gegen ein Land geführt werden, wenn ein ausdrückliches Mandat des UNO-Sicherheitsrates vorliegt. Nur wenn der Sicherheitsrat ein solches UNO-Mandat verabschiedet, kann ein Krieg als legal angesehen werden. Alle anderen Kriege sind illegal.

Die UNO ist wichtig, weil wir »eine Reihe von Problemen haben, die wirklich globaler Natur sind und auch nur gemeinsam, global – wenn überhaupt – bewältigt werden können«, betont der UNO-Experte Andreas Zumach zu Recht.⁵ Aber die Generalversammlung, der Sicherheitsrat und auch der Generalsekretär haben kein »unabhängiges Leben«. Sie bilden nur das Verhalten ihrer mächtigsten Mitglieder ab. Oder wie es UNO-Generalsekretär Sithu U Thant formulierte: »Die Vereinten Nationen können nur das tun, was ihre Mitgliedsstaaten zulassen.«⁶ Über den Einsatz von Gewalt darf nur der UNO-Sicherheitsrat entscheiden. Bedenklicher Weise ist die Militärallianz NATO im UNO-Sicherheitsrat überproportional stark vertreten. Der UNO-Sicherheitsrat besteht aus fünf ständigen Mitgliedern mit Vetorecht und zehn nicht ständigen Mitgliedern, die jeweils für zwei Jahre gewählt werden und kein Vetorecht haben. Die Beschlüsse des Sicherheitsrates sind für alle 193 UNO-Mitglieder verbindlich, wenn mindestens 9 der 15 Mitglieder der Resolution zustimmen, und wenn kein ständiges Mitglied ein Veto einlegt. Die dominanten fünf ständigen Mitglieder im UNO-Sicherheitsrat sind das NATO-Land USA, das NATO-Land Großbritannien, das NATO-Land Frankreich sowie Russland und

China. Aus dieser einfachen Übersicht geht hervor, dass es praktisch unmöglich ist, dass der UNO-Sicherheitsrat je eine Resolution verabschieden wird, die einen Krieg gegen ein NATO-Land legitimiert, da dies die drei NATO-Mitglieder mit ihrem Veto verhindern würden. Die Interessen der NATO-Länder sind in der UNO überproportional vertreten.

Natürlich haben die anderen Länder der Welt gemerkt, dass diese Machtverteilung nicht fair und ausgewogen ist. Deutschland zum Beispiel oder auch Indien, Japan oder Brasilien haben keinen permanenten Sitz im Sicherheitsrat und auch kein Vetorecht. Die deutsche Presse spricht daher richtig von einer »Zweiklassengesellschaft«. Diese besteht aus den fünf Ländern mit Vetorecht und dem Rest der 188 UNO-Länder ohne Vetorecht. Natürlich hat »der Rest der Welt« auch eine Stimme, nämlich in der UNO-Generalversammlung. Dort hat niemand ein Vetorecht. Doch die Resolutionen der Generalversammlung haben nur Empfehlungscharakter und sind nicht bindend.⁷

Auch kleinere Länder wie Libyen haben diese Zweiklassengesellschaft kritisiert. Die UNO-Charta sagt, »dass alle Länder, groß oder klein, gleichberechtigt sind«, erklärte Muammar Gaddafi, der Präsident von Libyen, vor der UNO-Generalversammlung im Oktober 2009. »Besteht diese Gleichberechtigung, wenn es um die permanenten Sitze im Sicherheitsrat geht? Nein, wir sind nicht gleichberechtigt.« Der Sicherheitsrat und die Mitglieder mit Vetorecht seien zu Unrecht privilegiert. »Wie können wir zufrieden sein mit dem Weltfrieden und globaler Sicherheit, wenn die ganze Welt von 15 Ländern kontrolliert wird? Wir sind 192 Länder und wir sind wie Speakers' Corner in Londons Hyde Park. Wir sprechen einfach und niemand kümmert sich darum, was gesagt wird.«

Der Einfluss der UNO-Generalversammlung sei viel zu klein, die Dominanz des UNO-Sicherheitsrates abstoßend, protestierte der libysche Präsident. »Zurzeit ist der Sicherheitsrat ein Sicherheitsfeudalismus, ein politischer Feudalismus für diejenigen, die im Genuss eines permanenten Sitzes sind. Sie schützen sich gegenseitig und nutzen alle anderen aus. Man sollte es den Terrorrat und nicht den Sicherheitsrat nennen.« Die Kritik von Muammar Gaddafi, der zwei Jahre später von den NATO-Ländern Frankreich, Großbritannien und USA angegriffen und im Verlauf des Krieges getötet wurde, war scharf, aber durch die Fakten wohlbegründet. Mit Verweis auf das Kapitel VII der UNO-Charta, welches den Einsatz von militärischer Gewalt durch den Sicherheitsrat regelt, erklärte er treffend, wie die Zweiklassengesellschaft funktioniert: »Im politischen Alltag benutzen die Privilegierten den Sicherheitsrat gegen uns, wenn es ihnen von Nutzen ist. Ansonsten wird er ignoriert. Wenn sie ein Projekt vorantreiben wollen oder ein persönliches Anliegen haben, dann wird die UNO respektiert, verherrlicht und Kapitel VII

wird gegen die armen Länder angewandt. Wenn sie aber die Regeln der UNO brechen wollen, wird die ganze Institution einfach ignoriert ... Seit seiner Gründung 1945 hat der Sicherheitsrat versagt, Sicherheit zu gewährleisten. Wir werden alle Sicherheitsresolutionen ignorieren, weil diese Resolutionen ausschließlich gegen uns gerichtet sind und nicht gegen die Supermächte, welche permanente Sitze und das Vetorecht haben.«⁸

Leider bestätigen die historischen Fakten die Kritik von Libyen an der UNO. Das wichtige und wertvolle Kriegsverbot ist derart oft missachtet worden, dass es bei vielen Menschen völlig in Vergessenheit geraten ist. Einige glauben gar, das Kriegsverbot sei heute nicht mehr aktuell oder relevant, und auch die UNO könne man abschaffen, da sie ausgedient habe und nicht funktioniere. Doch was wäre die Alternative, wenn das Kriegsverbot fällt und die UNO abgeschafft würde? Vermutlich hätten wir dann eine Welt, in der die stärksten Mächte, darunter das US-Imperium, in Kooperation mit der größten Militärallianz der Welt, der NATO, ständig zum Mittel der Gewalt griffen, um ihre Interessen durchzusetzen. Eine Welt, in der sich die Armen und Schwachen mit Terror wehrten und im Sinne der asymmetrischen Kriegsführung Angst und Schrecken in die NATO-Länder trügen. Kurzum, wir hätten eine unüberblickbare Reihe von Kriegen und Terroranschlägen, sodass niemand mehr genau wüsste, wo und warum ein Krieg angefangen hat, wer hinter dem jüngsten Terroranschlag steckt und wie man wieder aus der Gewaltspirale aussteigen könnte. Es wäre nur eine Frage der Zeit, bis in einem solchen Chaos auch atomare, biologische und chemische Waffen eingesetzt würden. Eine solch traurige Entwicklung kann niemand für seine Kinder und Enkel wollen.

Daher scheint es mir wichtig und richtig, das Gewaltverbot der UNO zu achten und zu stärken. Dort, wo es missachtet wurde, wo illegale Kriege geführt wurden, müssen diese illegalen Kriege benannt und die konkreten Umstände analysiert werden. Genau das tut dieses Buch an einer Reihe von Beispielen. Vor allem aber möchte es daran erinnern, dass es ein unglaublich wichtiger und weitreichender Schritt in der Geschichte der Menschheit war, als 1945 die UNO von 50 Staaten gegründet wurde. Dieser Schritt gab zu großen Hoffnungen Anlass, denn er bezeugte einen neuen Bewusstseinszustand. Nie zuvor in den letzten 2000 Jahren hatten die Staatenführer der Welt beschlossen, den Krieg zu verbieten. Diese völlig neue Idee bleibt edel und richtig, auch wenn die letzten 70 Jahre zeigen, dass die Umsetzung noch nicht gelungen ist.

Die UNO wird durch Lügen sabotiert

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die USA die Gründung der UNO explizit unterstützt. Präsident Harry Truman, der über Japan zwei Atombomben abwerfen ließ, erklärte, die UNO sei wichtig, aber nicht vollkommen: »In einer Welt ohne einen solchen Mechanismus wären wir zu ständiger Angst vor unserer